„Aktion! Karl-Marx-Straße“

Alles muss raus?

1947 wurde die Karl-Marx-Sraße „geboren“. Vorher hieß sie Bergstraße, Berliner Straße und Willi-Walter-Straße. Nicht erst seitdem ist sie die Hauptstraße Neuköllns mit einigen wichtigen öffentlichen Gebäuden, wie dem Rathaus und der Neuköllner Oper, und jeder Menge Gewerbefläche.

Von der Verkaufsfläche her ist sie die drittgrößte Einkaufsstraße Berlins, doch in den letzten Jahren hat sie scheinbar an Bedeutung verloren. So bemängeln Senat und Bezirk den Niveauverlust der Karl-Marx-Straße, weil immer mehr Gewerbefläche leer stehe und das verbleibende Gewerbe zum größten Teil aus Ramschläden bestünde.

Das Sanierungsgebiet samt Projekten

Worum geht‘s?

Um die Karl-Marx-Straße wieder konkurrenzfähig im Wettbewerb mit anderen Einkaufszentren in Berlin zu machen, wurde im Mai 2008 die „Aktion! Karl-Marx-Straße“ ins Leben gerufen. Dabei sollen, unterstützt von Bezirk und einem Stadtplanungsbüro, „lokale Akteure“, also Hauseigentümer_innen, Betreiber_innen von Geschäften und Einrichtungen, Lösungen erarbeiten. Außerdem läuft eine Untersuchung, ob und mit welchen Instrumenten die Karl-Marx-Straße zu einem (Gewerbe-)Sanierungsgebiet erklärt werden kann.

Drei Hauptpunkte sollen umgesetzt werden, um die Situation in der Karl-Marx-Straße zu verbessern. Es soll:

- „die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessert werden.“
- „die Struktur von Handel und Dienstleistungen gestärkt werden.“
- „die urbane Vielfalt genutzt und weiterentwickelt werden.“

Wer ist beteiligt?

Auftraggeber / Finanzgeber:

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
- Bezirksamt Neukölln – Fachbereich Stadtplanung

An der Organisation beteiligt:

- Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH (Projektsteuerung und Moderation der Betroffenenbeteiligung)
- Fromlowitz + Schilling (Öffentlichkeitsarbeit im Städtebau)
- Wirtschaft und Arbeit in Neukölln e.V.
- Kulturnetzwerk Neukölln
- betroffene Eigentümer_innen und Gewerbetreibende

Konkrete Projekte

„Alte Post“: Das Gebäude an der Ecke Karl-Marx-Straße / Anzengruberstraße steht leer, seit die Post in die Neukölln Arcaden umgezogen ist. Die „Aktion! Karl-Marx-Straße“ würde das Gebäude gerne zu einem „Front-Office der Kultur- und Kreativwirtschaft“ machen. Bisher gibt es aber weder Interessent_innen, noch konkrete Ideen oder Finanzmittel. Im Moment hat die „Aktion! Karl-Marx-Straße“ hier ihr Büro. Außerdem finden vereinzelt kulturelle Veranstaltungen wie Theateraufführungen oder Modenschauen statt.

Kindl-Brauerei: Das Gelände soll geöffnet und mit den umliegenden Vierteln verbunden werden. Es gab einen Ideen-Wettbewerb, aus dem ein Plan als Sieger hervorgegangen ist. Dieser sieht die Schaffung von Gastronomie, Gewerbe und Ateliers in den Gebäuden der Brauerei vor. (Weiteres auf den Tafeln zur Kindl-Brauerei)

Ehemaliges Hertie-Kaufhaus: Für das Gebäude des ehemaligen Hertie-Kaufhauses gibt es einen Investor, der dem Gebäude eine neue Fassade verleihen und es dann Anfang 2009 als Einkaufspassage wieder eröffnen will. Zur Zeit wird es umgebaut.

Passage: Auch für die Umgestaltung der Passage wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben. Die Jury aus Mitgliedern des Bezirks, des Senats, sowie Eigentümer_innen und Nutzer_innen der Passage hat sich für einen Vorschlag entschieden, der das Gebäude durch eine Lichtinstallation optisch aufwerten und sichtbar machen soll. Mit der Umsetzung dieses „Leuchtturms“ der „Aktion! Karl-Marx-Straße“ sollte im Herbst 2008 begonnen werden. Bisher ist jedoch nichts passiert.

Ja und?

Doch was für Auswirkungen werden diese angestrebten Veränderungen haben? Was bedeutet die Umsetzung der drei oben erwähnten Hauptpunkte? Wem kommen diese Veränderungen zugute?

„Aufenthaltsqualität“

Durch die Sanierung der Karl-Marx-Straße soll die so genannte „Aufenthaltsqualität“ im öffenllichen Raum verbessert werden. Aber: Was soll das eigentlich heißen? Mit „öffentlicher Raum“ sind Straßen, Bürgersteige, Plätze und Parks gemeint. Also all jene Orte, die frei zugänglich sein sollen und nicht in privater, sondern in öffentlicher Hand sind. Doch wie frei zugänglich sind diese Orte wirklich - oder vielmehr für wen? Da es bei der „Aktion! Karl-Marx-Straße“ darum geht, diese wieder zu einer konkurrenzfähigen Einkaufsmeile zu machen, soll wohl vor allem kaufkräftigem Publikum der Aufenthalt angenehm gemacht werden.

Was das für andere Bevölkerungsgruppen bedeuten kann, wird am Platz vor dem Neuköllner Rathaus deutlich. Dort wurde schon vor einiger Zeit ein Alkoholverbot ausgesprochen, um so gezielt bestimmte Gruppen zu verdrängen und die Nutzung des Raums auf die zu beschränken, die keinen Alkohol trinken oder sich ihr Bier im Cafe leisten können, denn da ist es erlaubt.

„Auf dem Rathausvorplatz und der Rathaustreppe gilt Leinenzwang für Hunde, Alkoholverbot außerhalb der Caféfläche“

„Niveauvollere Geschäfte“

Die „Struktur von Handel und Dienstleistungen soll gestärkt werden“, die Läden mit Billigware sollen verschwinden und stattdessen „niveauvollere“ Geschäfte ihre Türen auch für Kundschaft aus anderen Stadtteilen öffnen. Doch wird sich auch die eher weniger gut betuchte Neuköllner Bevölkerung das Einkaufen in diesen Geschäften leisten können? Schließlich sind die Billigläden auch Ausdruck der Situation der Leute im Viertel. Um die aber geht es nicht. Was also bringt es den Leuten hier für Vorteile, wenn teure Modegeschäfte eröffnen?

„Urbane Vielfalt“

Und was ist eigentlich mit der Nutzung und Weiterentwicklung „urbaner Vielfalt“ und „Multi-Ethnizität“ gemeint? Anscheinend geht es darum Kultur zu vermarkten, um daraus einen Standortfaktor für Neukölln zu machen. Die Verschiedenheit der Herkünfte in Neukölln soll zum Merkmal gemacht werden, das Neukölln ökonomisch interessant macht und die Karl-Marx-Straße von anderen Einkaufsstraßen unterscheidet.

Damit sollen Menschen die Chance bekommen ihre „Herkunft“ und „Kultur“ zu vermarkten und dadurch ihre Situation zu verbessern. Klar, für manche mag das zutreffen. Dies bedeutet aber auch, auf die „Herkunft“ oder das was darunter verstanden wird festgeschrieben zu sein und immer als irgendwie anders wahrgenommen zu werden.

Gesund und exotisch: Der Markt am Maybachufer macht‘s vor...

Die Rütli-Schule

Vom Problemfall zum Vorzeigeprojekt

Die Diskussion um die Rütli-Schule

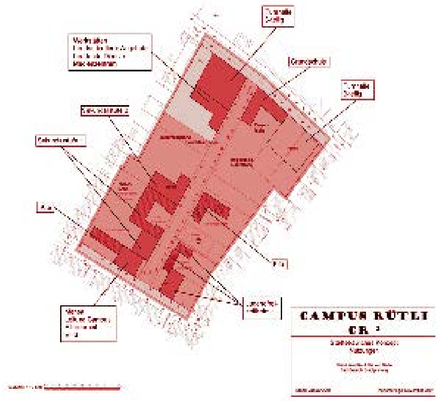
Am 28. Februar 2006 schrieb die Gesamtkonferenz der Lehrer_innen der Rütli-Hauptschule einen offenen Brief, in dem sie die ihrer Meinung nach untragbaren Zustände an der Schule darlegte, deren Scheitern eingestand und „perspektivisch“ die Auflösung der Hauptschule forderte.

Bezeichnend war die Problemwahrnehmung. Der gesamte erste Abschnitt des so genannten „Brandbriefes“ drehte sich um die ethnische Zugehörigkeit der Schüler_innen und die daraus entstehenden Probleme. Wirtschaftliche und soziale Schwierigigkeiten wurden nicht ignoriert, aber erst später erwähnt und als weniger entscheidend eingestuft.

In der Folge wurde der Brief von der Presse aufgegriffen und eine bundesweite Debatte losgetreten. Immer wieder wurde eine enge Verbindung zwischen nicht-deutscher Herkunft, Kriminalität und Schulversagen gezogen, nicht zuletzt von Bezirksbürgermeister Buschkowsky. Dabei wurden rassistische Klischees wiederholt, die aus der Einwanderungs- bzw. Integrationsdebatte gut bekannt sind.

Bundesweites Aufsehen und jede Menge negative Schlagzeilen über Neukölln und die Situation an den Schulen wurden dadurch ausgelöst. Die Rütli-Schule wurde zum Symbol der Neuköllner Bildungsmisere und Neukölln insgesamt zur Chiffre „gescheiterter Einwanderungspolitik“.

Im Gegensatz zu diesen Interpretationen stand eine in die Defensive gedrängte Position, die die soziale Lage und Perspektivlosigkeit der Schüler_innen - und gerade nicht deren ethnische Zugehörigkeit - als zentrales Problem identifizierte, bzw. diese soziale Situation mit ethnischer Diskriminierung von Migrant_innen erklärte.



Das Projekt „Campus Rütli“

Als Reaktion auf die Debatte um die Rütli-Schule wurde das neue Projekt „Campus Rütli“ im September 2007 beschlossen und im Januar 2008 der Öffentlichkeit präsentiert.

Entstehen soll „ein umfassendes und integriertes Sozialisations- und Bildungsangebot jenseits traditioneller Strukturen und unter Bündelung aller Kräfte und Kompetenzen“, bzw. wie auf dem Flugblatt zum Konzept erklärt wird, ein „sozialer Erlebnisraum mit einer einheitlichen Bildungseinrichtung“. Schulen bis zum Abitur, Kitas, Jugendeinrichtungen und Berufsausbildungsmöglichkeiten sollen an einem Ort zusammengefasst werden.

Bislang beschäftigt das ganze Projekt allerdings vor allem die PR-Abteilung von Bürgermeister Buschkowsky. Konkret umgesetzt ist neben kleineren Umbauten nur die Mensa, die im Februar eröffnet wurde. Der Zusammenschluss zur Gemeinschaftsschule ist - wie auch bei anderen Berliner Schulen - vollzogen. Ansonsten ist auf der mageren Homepage von „Campus Rütli“ außer Konzepten und Ideen wenig zu finden und die Diskussion in den Medien ist schon länger wieder eingeschlafen.

Wer ist beteiligt?

Finanzgeber:

- öffentliche Einrichtungen
  - Bund („Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“ – iZBB, „Programm Soziale Stadt“)
  - „Programm Gemeinschaftsschulen“
  - Senatsverwaltung für Bildung Jugend Sport („eEducation Masterplan“)
  - Europäische Union (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung – EFRE)
- private Stiftungen u.a.
  - Freudenberg-Stiftung (1,5 Millionen Euro für eine pädagogische Werkstatt)
  - Dürr-Stiftung (entwickelt die Kitas am Campus zu „Early-Excellence-Zentren“)
  - Deutsche Bahn (Vergabe von Lehrstellen)
  - Rotary Club (3.000 Euro/Jahr für Franz-Schubert-Grundschule)

An der Organisation beteiligt:

- Stiftung Zukunft Berlin und Freudenberg Stiftung
- Arbeiterwohlfahrt Berlin
- Vertreter_innen der beteiligten Kitas und Schulen
- Quartiersmanagement
- Bezirksamt Neukölln
- Jobcenter Neukölln
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
- Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Mit „Campus Rütli“ zum Modellviertel

Nach dem öffentlichen Aufschrei über die Zustände an der Rütli-Schule gab es als erste konkrete Maßnahmen einige Personalwechsel und die Einstellung von drei Sozialarbeiter_innen - mit befristeten Verträgen. Schüler- und Lehrer_innen sowie Vertreter_innen der Politik begannen sich gegen das schlechte Image zu wehren. Jetzt soll mit dem Projekt „Campus Rütli“ aus dem „Problemfall Nord-Neukölln“ ein Modellviertel gemacht werden.

Wie im Brandbrief und der Diskussion steht auch im Konzept des „Campus Rütli“ der Hinweis auf die Herkunft der Familie an erster Stelle, ist jedoch umgedeutet. Sie wird nicht mehr als Problem, sondern in erster Linie als Chance interpretiert: Berlin-

Neukölln soll als „Schmelztiegel“ und „multiethnischer Bezirk“ zum „Wegbereiter und Dienstleister einer kosmopolitischen Metropole“ werden.

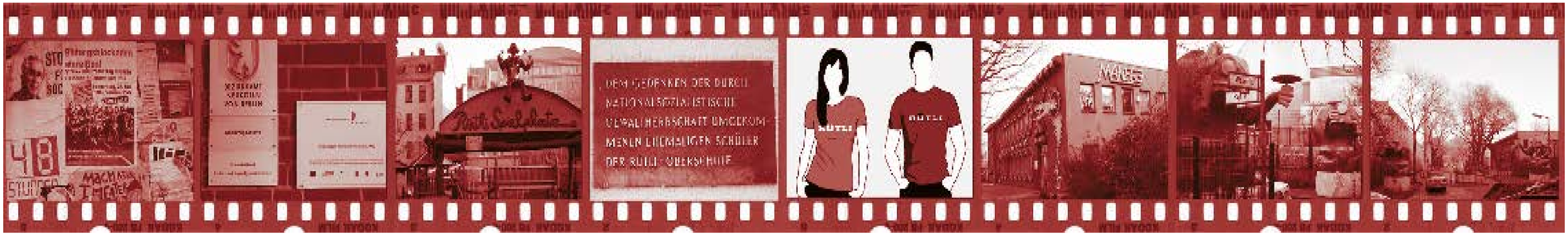
Das klingt toll, steht aber in krassem Kontrast zu den weiterhin bestehenden Problemen der Schüler_innen. Einen Ausbildungsplatz kriegt von den Abgänger_innen, so sie denn überhaupt eine Arbeitserlaubnis haben, praktisch niemand.

Dass „Campus Rütli“ weit mehr als eine bezirkspolitische Angeleigenheit sein soll, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass immerhin Christina Rau, die Ehefrau des ehemaligen Bundespräsidenten, als Schirmherrin gewonnen werden konnte.

„Gewalt-Notruf entsetzt Berlin

Schüler prügeln Schüler, Lehrer werden beworfen und bedroht, Teile des Mobiliars sind zerstört - in der Rütli-Schule im Berliner Problemviertel Neukölln herrschen offenbar Chaos und Gewalt. (...) Zwischen den Schülern unterschiedlicher Herkunft spielen sich offenbar dramatische Konflikte ab: „Die Araber haben das Sagen und unterdrücken die Türken“, sagte eine ehemalige Lehrerin dem „Tagesspiegel“; sie habe das Gefühl, an der Schule würden „Kriminelle und Terroristen“ großgezogen. Die wenigen deutschen Schüler versuchten, möglichst unauffällig mitzulaufen. Sie würden als „Schweinefleischfresser“ verspottet und sprächen zunehmend bewusst ebenfalls gebrochenes Deutsch - vorsichtshalber.“

(Spiegel Online vom 30. März 2006: http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,408808,00.html)



Heinz Buschkowsky (Bezirksbürgermeister):

„Campus Rütli ist der engagierte Versuch, segregierte Gebiete nachhaltig durch die Bündelung aller Sozial und Bildungskompetenzen im Wohngebiet zu verändern, quasi in das Rad der sich scheinbar naturgesetzlich ständig selbst erneuernder Unterschicht einzugreifen. Campus Rütli wird dazu beitragen, die Wahrnehmung Neuköllns als ein reines Problemgebiet zu einem modernen heterogenen Modellbezirk positiv zu verändern.“

(Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Bezirksamt Neukölln, Pressemitteilung vom 30.01.2008)

Ja und…

„Campus Rütli“ ist vor allem ein Vorzeigeprojekt, mit dem von strukturellen Problemen abgelenkt wird. Was aber passiert mit all den anderen Schulen? Was mit der fatalen ökonomischen Situation vieler Familien? Was mit der bestehenden rassistischen Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen?

In diesem Sinn wird mit dem Projekt nichts als die gefühlte Schulsituation verbessert, wenn überhaupt. Anzunehmen ist, dass dieses aufpolierte Bild dazu beitragen soll, den Bezirk durch ein attraktiveres Image aufzuwerten und den drohenden Wegzug von jungen besser gestellten Familien, sobald sie Kinder haben, zu verhindern.

„Campus Rütli“ ist also definitiv kein Projekt, mit dem die Situation aller Menschen, oder auch nur aller Kinder, die im Bezirk leben, verbessert wird. Dies ist noch nicht mal der Anspruch.

Stattdessen wird in der Debatte insgesamt kulturelle Identität auf „Herkunft“ reduziert. Während die einen ihre Vorurteile pflegen und nicht-deutsch automatisch mit kriminell verbinden, blenden die anderen soziale Ungleichheit aus und instrumentalisieren „kulturelle Vielfalt“ als Kapital. In jedem Fall wird die positive oder negative Identität von außen festgeschrieben. Als aktive Akteure einbezogen werden die Leute sie sowieso nicht. Was gut für sie ist, legen die Expert_innen in Politik und Medien fest.

Wer MACHT...

die STADT

...für wen?

Warum diese Ausstellung?

Dass Neukölln Schlagzeilen macht, ist nichts Neues. Schon lange gilt der Bezirk als Problemviertel schlechthin, neuerdings wird er allerdings auch als Szeneviertel gehandelt. Und tatsächlich scheinen immer mehr junge Menschen, darunter viele Studierende und Künstler_innen, besonders in den Reuterkiez im Neuköllner Norden zu ziehen. Rund um die Weserstraße eröffnen immer mehr neue Kneipen und Galerien und immer wieder ist von steigenden Mieten die Rede. Droht in Neukölln eine Gentrifizierung wie im Prenzlauer Berg, also eine Aufwertung des Kiezes, infolge derer die ansässige Bevölkerung nach und nach durch zahlungskräftigere Mieter_innen verdrängt wird?

Über unser Vorgehen

Aber was passiert wirklich in Neukölln? Um diese Frage zu beantworten, haben wir recherchiert und diskutiert. Unsere Ergebnisse möchten wir euch in dieser Ausstellung präsentieren. Uns ist klar geworden, dass Mietsteigerungen und die dazu gehörenden Verdrängungseffekte Folgen sind, denen eine längere Entwicklung vorausgeht. Aber wie kann eine solche Entwicklung erkannt und in sie eingegriffen werden, damit es gar nicht erst soweit kommt?

Wie die Erfahrungen aus anderen Stadtteilen zeigen, werden Gentrifizierungsprozesse immer auch von der Politik mitangestoßen. Dies kann zum Beispiel über die Festlegung von so genannten Sanierungsgebieten oder über stadtpolitische Projekte funktionieren. Vier solcher Projekte haben wir uns genauer angeguckt:

- die „Aktion! Karl-Marx-Straße“
- das Projekt „Campus Rütli“
- die Umgestaltung der Kindl-Brauerei
- die Zukunftspläne für den Flughafen Tempelhof

Stadtpolitische Projekte

Die vier Vorhaben stellen jeweils bestimmte Strategien dar, Aufwertungsprozesse in Gang zu setzen. Die „Aktion! Karl-Marx-Straße“ ist ein Beispiel für den Versuch, Wirtschaft, Handel und Dienstleistungen zu stärken, um Neukölln für einkommensstarke Käufer_innen interessant zu machen. Mit dem geplanten „Campus Rütli“ soll das Image verbessert und der „Problembezirk“ zum Aushängeschild für „mulitkulturelles Lernen“ werden. Die Umgestaltung der Kindl-Brauerei zielt darauf, den Standortfaktor „Kultur“ auszubauen. Die Bebauung des Flughafen Tempelhof ist ein Großprojekt, das auf die ganze Stadt wirken und für Neukölln Aufwertungsprozesse mit sich bringen wird.

Wir finden es wichtig zu fragen, welche Auswirkungen diese Projekte haben, wem sie nützen und was sie für die Anwohner_innen bedeuten.

Und die Mieten?

Während es vergleichsweise einfach war, Fakten zu den ausgestellten Projekten zu recherchieren, konnten wir nur wenig Material zu Verdrängung von ansässiger Bevölkerung finden. Sicher, es gibt im Straßenbild mehr „hippe“ Kneipen und Galerien. Aber wie wirkt sich das aus? Und ist das überhaupt gleich negativ?

Ersteinmal ist festzustellen, dass die Mieten zur Zeit in ganz Berlin steigen, und zwar deutlich stärker als die Einkommen. Dem „WohnmarktReport“ der GSW Immobilien GmbH und dem „IBB-Wohnungsmarktbericht“ (beide von 2008) zufolge lässt sich aber noch keine überdurchschnittliche Steigerung für Neukölln feststellen. Allerdings bemerkt der „IBB-Wohnungsmarktbericht“ eine Sonderrolle des Reuterkiezes, wo die Angebotsmieten mit 5,50 Euro/m² (nettokalt) deutlich höher liegen als im Rest von Nord-Neukölln, obwohl die Kaufkraft ähnlich gering ist. Außerdem wird auf den Zuzug aus Kreuzberg und den „Friedrichshainer Trendkiezen“ verwiesen. Auch der „WohnmarktReport“ spricht davon, dass der Norden des Stadtteils gerade von Studierenden und Künstler_innen „entdeckt“ wird.

Wichtig dabei ist auch die „Zwischennutzung“ als stadtpolitisches Instrument, mit dem diese „Entdeckung“ gezielt gefördert wird. Leerstehende Ladenräume werden insbesondere an so genannte Kreative billig aber zeitlich befristet vermietet. Dies soll letztendlich dazu führen, die Gegend für Besserverdienende attraktiver zu machen - genau das, worauf auch die hier vorgestellten Projekte zielen.

Und wir?

Der Zuzug von Studierenden und Künstler_innen lässt also Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter_innen auf Wertsteigerungen hoffen. Da wir, die Macher_innen dieser Ausstellung, allesamt (Ex-)Studierende sind, müssen wir uns fragen, wie wir mit der Situation und der uns zugedachten Rolle umgehen können. Genauso wie viele andere Bewohner_innen Neuköllns wollen wir keine Mietsteigerungen und keine Verdrängung.

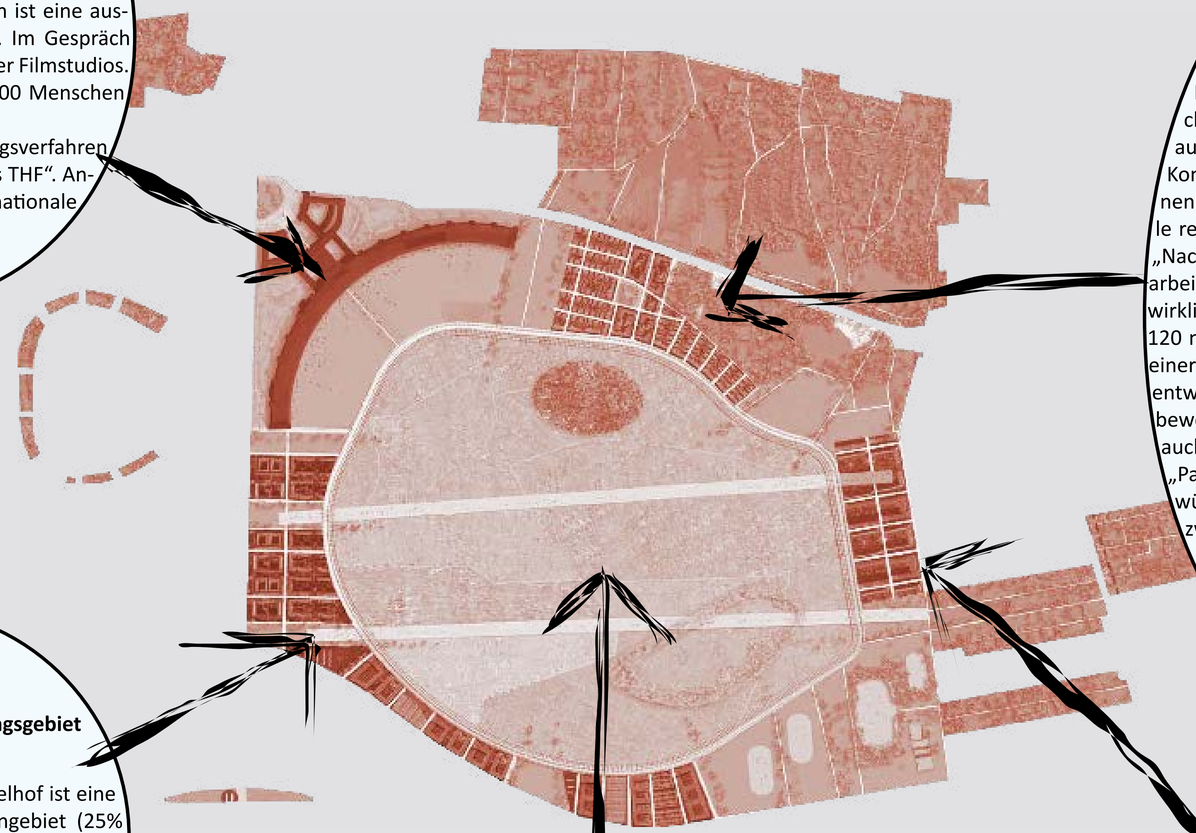
Deshalb heißt es unbequem zu werden und den Plänen von oben eigene Vorstellungen entgegenzusetzen. Bisher sind die Pläne von Stadt und Bezirk teilweise noch sehr unkonkret, in der Planungsphase oder kommen schlicht nicht voran. Nutzen wir es also aus, dass Stadt und Bezirk auf der Stelle treten und kommen wir ihnen mit unseren Ideen zuvor. Es soll schließlich nicht alles bleiben, wie es ist, sondern ganz anders anders werden. Einen Anstroß dazu sollen die hier zusammengetragenen Informationen geben.

Flughafen Tempelhof

Freiraum für Alle?

Gewerbe- und Dienstleistungsgebiet „Tempelhof Forum THF“

Im ehemaligen Flughafengebäude soll die neue „Adresse für Kultur-, Medien- und Kreativwirtschaft“ entstehen. Vorgesehen ist eine ausschließlich kommerzielle Nutzung. Im Gespräch war z.B. der Einzug der Babelsberger Filmstudios. Rein rechnerisch könnten hier 5000 Menschen auf je 58 m² Fläche arbeiten.
Es läuft ein Interessenbekundungsverfahren für die Nutzung des „Standorts THF“. Angesprochen sind v.a. internationale Investoren_innen.



Wohngebiet „Columbiaquartier“

Im Columbiaquartier können sich Architekt_innen und Stadtplaner_innen austoben und ausgefallene und neuartige Konzepte wie Baugruppen, Mehrgenerationenhäuser und neue Genossenschaftsmodelle realisieren. Gefordert sind „Innovation“ und „Nachhaltigkeit“. Wohnen sollen hier die im THF arbeitenden Kreativen und Lebensentwurfsverwirklicher_innen. Es werden 1500 Wohnungen à 120 m² entstehen. Das Quartier soll im Rahmen einer Internationalen Bauausstellung (IBA) 2017 entwickelt werden. Die erste Phase des Wettbewerbs für den nördlichen Geländeteil, der auch das Columbiaquartier einschließt (s.a. „Parklandschaft“), ist abgeschlossen. 12 Entwürfe sind in der engeren Auswahl. In der zweiten Phase werden sie konkretisiert. Der Siegerentwurf soll Ende Mai 2009 gekürt werden. Ab Ende des Jahres werden die Grundstücke dann vermarktet.

Gewerbe- und Dienstleistungsgebiet „Stadtquartier Tempelhof“

Anschließend an den Bezirk Tempelhof ist eine Mischung aus verdichtetem Wohngebiet (25% der Fläche, 2300 Wohneinheiten à 90 m²) sowie Gewerbe und Dienstleistungen (75%) vorgesehen. Firmen, die im Bereich der Zukunftstechnologien (z.B. Umwelt- und Solartechnik) produzieren, sollen sich hier ansiedeln. Eine konkrete Planung ist nicht bekannt.

Parklandschaft „Wiesenmeer“

Vom einstigen Flugfeld bleiben 220 ha unbebaute Fläche übrig. Die Freifläche erfüllt eine wichtige Funktion für das Klima der Stadt. Sport- und Freizeitnutzungen wie die Reaktivierung von ehemaligen Softballfeldern der US-Armee sind hier vorgesehen. Unter dem Leitbild der „prozessualen Stadtentwicklung“ läuft noch bis Ende Mai 2009 der erste planerische Ideenwettbewerb für die nördlichen Flächen des Flugfeldes (also am Columbiadamm) und für das Columbiaquartier.

Wohngebiet „Stadtquartier Neukölln“

Die bisher vorgesehenen 1200 Wohnungen dieses Gebietes werden durchschnittlich 120 m² groß sein und im Geschosswohnungsbau, also in höheren Stadthäusern, entstehen.
Wenn die IBA kommt, könnten die Planungen 2010 beginnen und 2020 abgeschlossen sein.

Was passiert hier eigentlich?

Als 1994 die Schließung des Flughafen Tempelhof als gesamtstädtisches Ziel festgelegt wurde, begann an den Schreibtischen der Behörden und Büros der häufig als konzeptlos und undurchsichtig kritisierte Planungsprozess zur Nachnutzung der so genannten „Tempelhofer Freiheit“.
Für das 380 ha große Gelände erarbeiteten verschiedene Expert_innen-Teams bis 1998 einen Masterplan, der die Grundlage für die aktuelle Planung des Berliner Senats bildet.
Diese konzeptionelle Planung (siehe nebenstehende Abbildung) sieht auf dem ehemaligen Flugfeld eine zentrale Parklandschaft vor, um die sich vier weitere „Stadtmodule“, „Bausteine“ oder „Adressen“ gruppieren: zwei Wohngebiete sowie zwei Gewerbe- und Dienstleistungsgebiete.
Das Gelände gehört momentan teils dem Bund, teils dem Land. Aktuell wird darüber verhandelt, ob und unter welchen Bedingungen Berlin dem Bund dessen Flächen abkaufen kann. Die Stadt, bzw. deren 100%ige Tochter BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH), hat aber bis zur endgültigen Klärung der Frage, wem schließlich welche Verwaltungsaufgaben zukommen werden, die Hausmeisterinnenrolle für die Gesamtfläche übernommen, damit die Entwicklung vorangetrieben werden kann.

Verwertung

Die BIM ist die Ansprechpartnerin für mögliche Investor_innen. Zwar wird beteuert, dass ein „Verwertungsdruck“ nicht bestehe, d.h. dass die Flächen nicht sofort weiterverkauft werden müssen. Dennoch ist offensichtlich, dass die Chance ein Stück vom Kuchen zu ergattern für unkommerzielle Nutzungen und Initiativen mit wenig Kapital nicht besonders gut stehen:
Nach der Schließung des Flughafens zum 1.11.2008 ist das riesige Gelände nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Stattdessen werden Gebäude und Freiflächen vermietet, z.B. für Konzerte in den Hangars, an die Pyromusikale (Festival der Musikfeuerwerke), oder an die Marathon-Messe Vital.
Auf zwei Immobilienmessen in Cannes und München im März und im Oktober 2008 wurde das künftige Bauland bereits kräftig be- und umworben. Für den nördlichen Teil des Geländes, das Flughafengebäude und das Columbiaquartier ist die Ausrichtung einer IBA (Internationale Bauausstellung) geplant. Zudem wird sich der Senat mit dem Ex-Flugfeld für die IGA (Internationale Gartenbauausstellung) 2017 bewerben. Solche Events kosten zwar viel Geld, machen ein Gebiet aber weltweit bekannt und legen seine Entwicklung nach der neuesten architektonischen Mode ohne Rücksicht auf lokale Besonderheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung fest.

Zwischennutzung

Um die Zeit bis zum Baubeginn der vier neuen Quartiere und dem Park zu überbrücken, sollen auf dem Gelände vom Flughafen Tempelhof verschiedene Projekte entstehen. Die Bezeichnung dafür ist Zwischennutzung.

Was ist Zwischennutzung?

Wenn ein großes Bauvorhaben aus unterschiedlichen Gründen (fehlende Geldgeber, ungeklärte rechtliche Lage usw.) nicht sofort starten kann, wird der Ort erst einmal anders genutzt. Dies hat Vorteile für den/die Eigentümer_innen des Hauses, der Fläche oder eben des Flughafens. Der Ort verfällt nicht, sondern wird von den Leuten, die dort in der Zwischenzeit sind, sogar verbessert. Auch das Image des Ortes und der Gegend wird besser. So wollen vielleicht auch mehr Geldgeber in das große Projekt investieren und die teuren Wohnungen oder Büros lassen sich besser verkaufen. Die Projekte der Zwischennutzung werden zuerst als Werbung genutzt und dann müssen sie die Orte verlassen.

Sieht so die Zukunft aus? Hier radeln Studierende bei einem Projektausflug über das ehemalige Rollfeld.

Wer sind die Nutzer_innen?

Als Zwischennutzer_innen kommen meistens Künstler_innen, Kulturveranstaltungen oder soziale Projekte an den Ort.

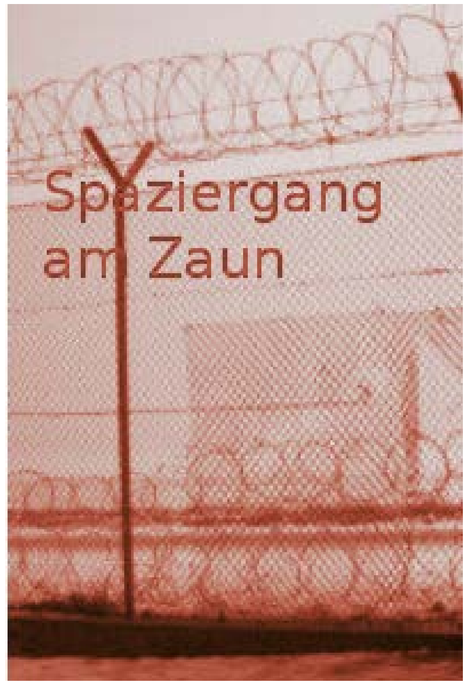
Wie lange dürfen sie bleiben?

Die Zeit, die sie dort bleiben dürfen, ist jedoch von Anfang an begrenzt. Wenn das große Bauvorhaben beginnen soll, werden die anderen Projekte gezwungen den Ort zu verlassen. Diese haben jedoch viel Arbeit in ihre Projekte gesteckt und wollen meist nicht einfach so den Ort und das, was sie dort geschaffen haben, aufgeben.

Tempelhof

In dem Gebäude des Flughafens werden als Zwischennutzung Führungen stattfinden und die großen Hallen für die Flugzeuge sollen als Veranstaltungsorte für Konzerte dienen. Feuerwerk auf dem Flughafengelände ist geplant sowie die Asphaltbahnen auf zu einem späteren Zeitpunkt für Inlineskater zu öffnen. Weiterhin könnten laut Senat im Gebäude auch eine internationale Kunstausstellung Platz finden oder Filmproduktionen durchgeführt werden. Einen festen Vertrag über 10 Jahre hat bereits die Modemesse „Bread & Butter“. 2 Monate im Jahr wird sie im Flughafengebäude stattfinden. Die eigenmächtige Vergabe durch Wowereit wurde von verschiedensten Seiten kritisiert.

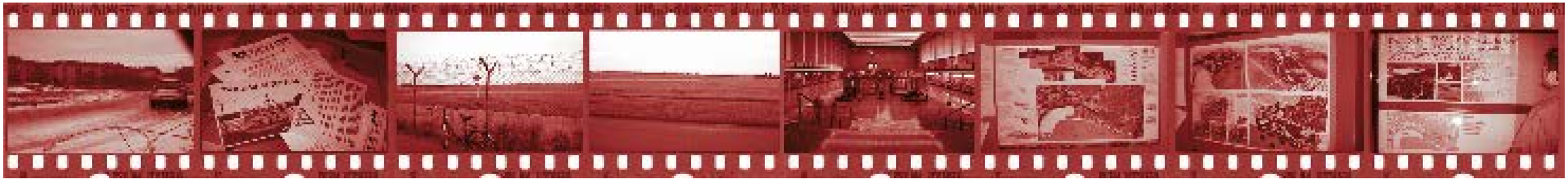
Die Zeit der Zwischennutzungs- wird auch als „Aktivierungsphase“ verstanden. Die ersten Pioniere sollen ab Mai 2009 „siedeln“. Wann die vollständige Öffnung des Areals stattfinden wird, ist hingegen noch nicht festgelegt.



Wer hat ein Recht auf die Nutzung des Gebietes?
Es finden bereits Demonstrationen und regelmäßige Zaunspaziergänge statt.

Was geht alles rein?
1 x Holderhof
22 x BMX Spontan
4 x Pomp Duck
8 x Mellowpark
7 x Yaam
18 x Beach mitte
5 x Hi fLyer
6 x Golf am gleisdreieck
3 x AiportGolf Tegel
9 x Wagenburg Lohmuehle
7 x Oststrand
5 x Bundespressestrand
7 x GokartBahn
3 x Addidas stadion
8 x „Ein Platz für Marie“
18 x Kinderbauerhof am Mauerpark
6 x Team Venture Kletterpark
3 x Tippi das Zelt
= 1 x Tempelhofer Feld

Strandbars, Wagenburgen oder Golfplätze stellt sich der Senat als geeignete Pionier- und Zwischennutzungsprojekte vor. Dies und die Größe des Geländes wurden in einer Ausstellung zu den Plänen für den Flughafen veranschaulicht.



Öffentlichkeitsbeteiligung bei Bauvorhaben

Was wo gebaut werden darf, ist in Berlin über einen sehr allgemeinen Flächennutzungsplan und durch genauere Bebauungspläne, die sich aus den Vorgaben des Flächennutzungsplans ableiten, geregelt. Um das Gebiet des Flughafen Tempelhof zu bebauen, müssen diese Pläne geändert bzw. entworfen werden - und das darf laut Baugesetzbuch nicht unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit passieren. Diese soll einerseits in einer Phase der „frühen Öffentlichkeitsbeteiligung“ über die Planungen informiert werden, darüber diskutieren und, je nach Fall, ihre Meinung schriftlich abgeben dürfen. Nachdem die jeweilig Verantwortlichen, in unserem Fall der Berliner Senat, dann einen Plan ausgearbeitet haben, muss dieser öffentlich ausgelegt werden. In dieser zweite Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung können alle Bürger_innen Ideen und Änderungswünsche äußern.

Öffentlichkeitsbeteiligung bei Tempelhof

Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Planungen für Tempelhof ist bisher ziemlich kurz gekommen, was mit fehlenden Kapazitäten und Geldern begründet wird. Im Herbst 2007 fand ein Online-Dialog statt, in dem Bürger_innen ihre Ideen für die Zukunft des Tempelhofer Feldes äußern konnten. Es gab eine kleine Ausstellung und mehrere öffentliche Veranstaltungen auf dem Flughafengelände.

Die einzige größere Informations- und Diskussionsveranstaltung der letzten Zeit, zu der ca. 400 Menschen kamen, fand im Januar 2009 im Rahmen des städtebaulichen Wettbewerbs zum Columbia-Quartier statt. Informiert wurde über die 12 vom Senat ausgewählten Entwürfe, diskutiert hingegen viel grundsätzlicher über Sinn und vor allem Unsinn der Idee einer Bebauung dieses Viertels.

Aber was für eine Rolle spielt die Öffentlichkeitsbeteiligung eigentlich? Festzustellen ist, dass es die jeweiligen Verantwortlichen aus der Politik sind, die die Pläne sowohl ausarbeiten als auch beschließen. Die Vorstellungen der Bevölkerung können, aber müssen nicht einbezogen werden. In diesem Sinne werden sie auch als „Anregungen“ bezeichnet. Mehr als um eine Beteiligung geht es darum an das Thema „heranzuführen“, die Öffentlichkeitsbeteiligung wirkt vor allem wie ein pädagogisches Instrument.

Beim Tempelhofer Feld wird das sehr deutlich. So standen das Konzept für die langfristige Nachnutzung schon vor dem Online-Dialog fest und mit der Vermarktung wurde begonnen, bevor die Änderung des Flächennutzungsplans auch nur beschlossen war. Etwas mehr Offenheit wird in Bezug auf die Zwischennutzung gezeigt. Es geht dabei ja auch nur um eine Nutzung für begrenzte Zeit.

Was wir wollen

Wir stellen uns das anders vor - schließlich geht es um die Zukunft der Stadt, in der wir leben, und die Bebauung des Flughafens wird große Auswirkungen auf die angrenzenden Viertel und auf ganz Berlin haben. Deshalb wollen wir, dass alle gleichberechtigt über die Zukunft des Flughafens mitentscheiden. Dazu aber wäre es notwendig sich erstmal Zeit für eine wirkliche Diskussion zu nehmen, und alle langfristigen Bauvorhaben für einen längeren Zeitraum zu verschieben. Niemand soll ausgeschlossen werden, weder aus den Planungen noch vom Zugang zum Gebiet.

Die heiße Phase hat begonnen

Je konkreter die Planungen für die Zwischen- und endgültige Nachnutzung des Flughafengeländes werden, desto größer wird auch das Interesse daran. Die Bezirksverwaltungen von Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln fühlen sich übergangen und kritisieren die Bebauungspläne. Flughafen- und Westberliner Vergangenheitsfetischist_innen halten hartnäckig an der Forderung nach einer Weiterführung des Flughafenbetriebes fest.

Auch alternative Organisationen und Inititativen werden aktiv. Sie kritisieren, dass der Neubau schicker Stadtviertel in der Nachbarschaft sich auf die Entwicklung der Mieten und auf die Sozial- und Infrastruktur der anliegenden Kieze auswirken wird.

Initiativen wie die „Bürgerinitiative Nachnutzung THF“, das Bündnis „Tempelhof für Alle“ oder der Mieterrat Chamissoplatz fordern die Öffnung des Zaunes und ein Innehalten in den Planungen, um eine Beteiligung aller Interessierten zu ermöglichen. Weiterhin treten sie gegen Privatisierungen von Flächen und für eine nichtkommerzielle Nutzung jetzt und in der Zukunft ein. Die Kampagne „Wir bleiben Alle“ ruft für den 20. Juni 2009 gar zu einer Besetzung des Geländes auf und reklamiert das Recht aller auf die Stadt und das Gelände: „Es gibt keinen Grund, warum vier Millionen Quadratmeter mitten in der Stadt eingezäunt werden. Und außerdem: have you ever squatted an airport? (Hast du jemals einen Flughafen besetzt?)“

„Keine andere Metropole steht vor einer vergleichbaren Herausforderung, mitten in der Stadt Freiflächen von dieser Größe zu haben, womit sich einmalige Chancen für in die Zukunft gerichtete Investitionen ergeben.“
Presseerklärung der Senatsverwaltung für Stadtenwicklung, 26.3.2007

Die Stadt vermakten.
Alles verkaufen. Möglichst viel zubauen. „Impulse für den Kiez“? Aufwertung. Schöne neue Wohnungen. Wer hat was davon? Die Mieten steigen. Wer kann sich das noch leisten?

„Das Stadtquartier Neukölln wird ein gemischtes Stadtquartier. Im Geschosswohnungsbau können in 1.200 Wohnungen ca. 2.400 Menschen leben. Die sonnige Westlage, ausgerichtet zur Parklandschaft und eine hervorragende verkehrliche Anbindung werden das neue Quartier prägen. Es kann deshalb schon heute davon ausgegangen werden, dass dieses neue Wohnquartier neue Impulse in den Kiez rund um die Schillerpromenade bringen wird. Mit einer Realisierung erster Baumaßnahmen könnte 2012 begonnen werden.“ Presseerklärung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 5.3.2008

Billiges Bier und teure Cocktails

Seit die Bierproduktion 2004 aufgegeben wurde, steht das alte Kindl-Brauerei-Gelände in der Werbellinstraße leer. Verschiedene Initiativen haben seitdem das Areal beispielsweise für alternative Kinoveranstaltungen in der Raumerweiterungshalle oder künstlerische Projekte im Turm genutzt. Der Bezirk und die „HEAG Dr. Henke Projektgesellschaft“ haben für das denkmalgeschützte Gebäude ehrgeizige Pläne.

Investor_innenträume für die Kindl-Brauerei

Nachdem die Brauerei 2004 als Produktionsstandort schloss, wurde für das 5 ha-große Gelände ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dem 11 Stadtplanungsbüros teilgenommen haben. Ziel war eine Neuentwicklung des Areals „mit überbezirklicher Magnetwirkung“.

Durchgesetzt hat sich ein Entwurf, der die Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg zum Vorbild hat und der für das Areal verschiedene Einrichtungen vorsieht:

- eine internationale Universität,
- Erlebnisgastronomie, Bar, Jazz-Club, Theaterwerkstatt, Schauspielschule, Galerien…,
- ein Hotel,
- einen multifunktionalen Veranstaltungssaal,
- Ateliers für kulturell Kreative inklusive handwerklicher Bereiche,
- Wohnbereiche für Baugemeinschaften sowie flexibler Ladeneinheiten,
- Dienstleistungen, insbesondere im Wellnessbereich,
- sowie Einzelhandel mit max. 5.000 qm Verkaufsfläche (z.B. Biosupermarkt).

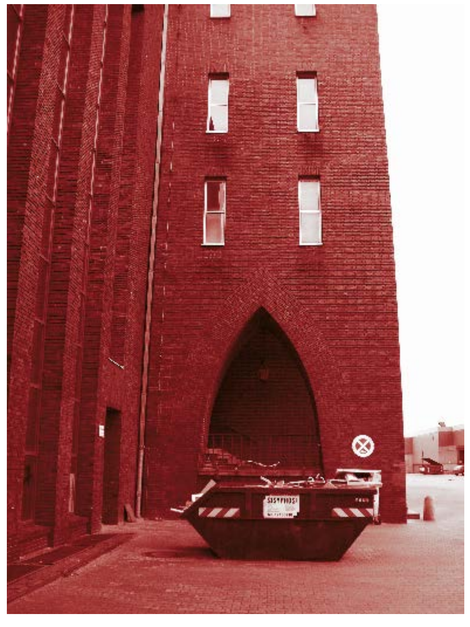
Nach oder während dem Shoppen auf den Haupteinkaufsmeilen Karl-Marx-Straße und Hermannstraße sollen hier „Flanieren und ruhiger Aufenthalt“ möglich sein.

Für dieses Jahr sind zunächst der Neubau eines Dialysezentrums, die Einrichtung einer kleinen Brauerei, einer Kletterhalle und eines Geschäftszentrums geplant. Ob diese Vorhaben Teil des Konzeptes sind, ist unklar.

Akteur_innen im Kindl-Areal

Ausschreiber des Wettbewerbs war das Bezirksamt Neukölln.

Die „HEAG Dr. Henke Projektgesellschaft mbH“, die das Gelände von der Radeberger Gruppe gekauft hat, will 50 Millionen Euro investieren. Dies soll in enger Kooperation mit Stadtplaner_innen und Bezirk geschehen. Die HEAG lässt sich online durch die Immobilienunion vertreten, die auf ihrer Website weitere Prestigeprojekte vorstellt, z.B. die Townhouses in Mitte. Die eigene Website zum „Kindlquartier“ befindet sich noch im Aufbau (http://kindlquartier.com/).



Was jetzt läuft

Bisher nutzen alternative Veranstalter_innen die Flächen. In den Plänen der Investor_innen haben sie keinen Platz mehr.

Die Raumerweiterungshalle, die von Oktober 2007 bis April 2009 ihren Platz auf dem Gelände hatte, ist nach Selbstauskunft des Vereins Selbstuniversität e.V. ein von Kulturschaffenden selbst verwalteter, basisdemokratisch organisierter, nicht-kommerzieller Raum. Sie fungierte als Veranstaltungsort und bot unterschiedlichen Projekten Platz. Hier fanden Veranstaltungen wie Workshops, Diskussionen, Kino, Konzerte, Ausstellungen, Performances und ähnliches statt.

Im ehemaligen Sudturm der Brauerei gibt es offene Ateliers und verschiedene Ausstellungen. In den Kellergewölben finden Schauspielproben und Partys statt.

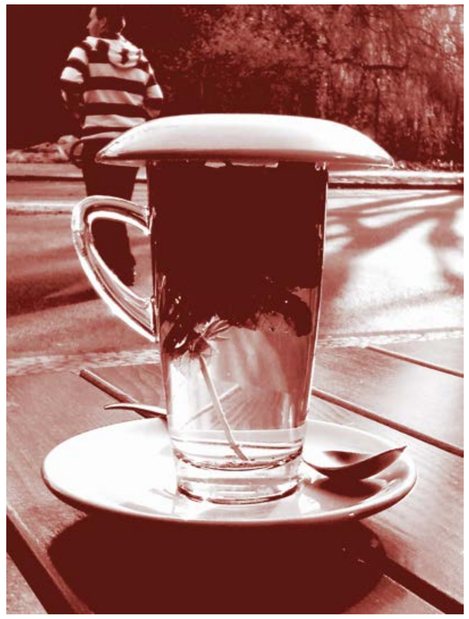
Vom Industriestandort zur Kreativwirtschaft

Die Kindl-Brauerei wurde 1872 in Berlin gegründet. 2004 verlegte die Oetker-Gruppe, die die Brauerei zwischenzeitlich übernommen hatte, die gesamte Bierproduktion in die Schultheiss-Brauerei in Hohenschönhausen.

In den 60er und 70er Jahren war die Kindl-Brauerei wichtigster Arbeitgeber im Rollbergkiez. Ab 1997 ging der Getränkeabsatz stark zurück, was zum Umzug und zum Wegfall von 20 Arbeitsplätzen und der Auslagerung von 60 weiteren führte. Bei der neuen für die Logistik zuständigen Firma sind die Arbeitsbedingungen deutlich schlechter.

Die „HEAG Dr. Henke Projektgesellschaft“ kaufte das Gelände und bewirbt nun die zur Verfügung stehenden Gebäude als hervorragend geeignet „für alle Nutzungen, die besondere „Locations“ suchen: Kultur, Freizeit, Gastronomie, Clubs, Events, aber auch Verkauf.“

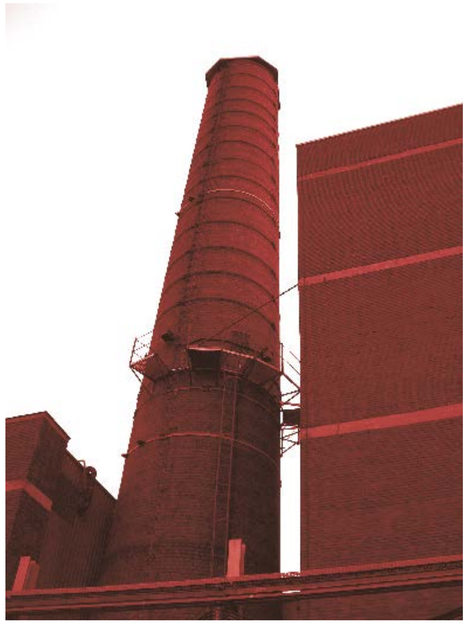
Die Schließung von Industriestandorten ist vielerorts zu beobachten. Während häufig an solchen Orten Freiraum für alternative und nichtkommerzielle Kultur entsteht (z.B. RAW-Tempel), soll die Kindl-Brauerei zu einem wirtschaftlich lukrativen Kreativ- und Eventstandort gemacht werden. Die zügige Verplanung des Geländes und die gezielte Anwerbung von Künstlerinnen und Künstlern können als Strategien verstanden werden, die Aneignung durch jene Alternativkultur zu verhindern.



Ja und?

Aus einem Ort der Produktion soll ein Ort des Konsums werden. Angesprochen wird eine Klientel, die sich für Oper, Varieté und Musical interessiert und sich diese auch leisten kann. Damit zielen die Wünsche von Bezirk und HEAG auf ein Publikum, das wohl eher nicht aus den derzeitigen Anwohner_innen besteht.

Derlei Pläne wirken zunächst utopisch, auch weil sich bisher noch keine Investor_innen gefunden haben. Dennoch stellt sich die Frage, was passiert, wenn sie tatsächlich realisiert werden und welche Verdrängungsprozesse im Rollberg-Kiez und in dessen Umgebung damit in Bewegung gesetzt werden. Wird die High Society bald auf der aufgehübschten Karl-Marx-Straße shoppen, um sich dann für eine Gesichtsmaske in der Kindl-Brauerei einzufinden? Werden kosmopolitische zahlungskräftige Studierende einer Elite-Uni zwischen ihren Seminaren einen Coffee-to-Go auf der Karl-Marx-Straße konsumieren oder einen Döner auf der Hermannstraße verspeisen?



„Durch seine historische sowie behutsam zu ergänzende Architektur und lebendige Nutzungsmischung wird dieses Center eine städtische wie überregionale Anziehungskraft entwickeln.“ meint die Technische Prüfgesellschaft Lehmann mbH TPG, die das Brandschutzkonzept für das Gelände erstellt hat.

„Um die inhaltliche Ausrichtung muss sich die Politik kümmern, ich stelle die Flächen zur Verfügung“, sagte Henke, der Investor. (Berliner Zeitung 22. Mai 2007).